

Der *oikos* des *demos*: Auf dem Weg zu einer demokratischen Ökonomie

Editorial der Gastherausgeber

Martin Oppelt / Paul Sörensen *

Spätestens mit den gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen im Zuge der Corona-Pandemie, im Grunde aber bereits seit der Weltwirtschaftskrise von 2007 ff., drängten Fragen nach dem Verhältnis von demokratischer Politik und Ökonomie zumindest zaghaft wieder in den öffentlichen Raum. Das „spannungsreiche Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus“, so der Untertitel einer von den DVPW-Sektionen *Politische Theorie und Ideengeschichte* und *Politische Ökonomie* 2016 in Darmstadt veranstalteten Konferenz, trat damals wieder einmal in drastischer Form zum Vorschein und gab erneut Anlass, die demokratiepolitischen Implikationen des ‚kapitalistischen Realismus‘ ebenso wie diesen selbst in seiner Alternativlosigkeit zu befragen. Dabei wurde nicht nur infrage gestellt, „dass eine marktförmige Demokratie zu einer gut funktionierenden gesellschaftlichen Ordnung beiträgt“ (Quante 2018: 7), sondern auch die dezidiert demokratiedestruktiven Implikationen einer kapitalistischen Ökonomie wurden verhandelt. Nachweislich hat die kapitalistische, privateigentumszentrierte Klassengesellschaft mit den ihr inhärenten und sich tendenziell vertiefenden Ungleichheiten unmittelbar demokratiepolitische Effekte, insofern im gleichen Zuge mit der ökonomisch-materiellen Ungleichheit auch eine – wie man mit Erik Olin Wright (2023: 17 ff.) sagen könnte – „Chancenhortung“ im politischen System im engeren Sinne begünstigt wird. Entsprechende Befunde zu sozio-ökonomisch stark ungleich strukturiertem Partizipationsverhalten, aber auch der selektiven Responsivität des politischen Systems für Belange weniger privilegierter Bevölkerungsgruppen sind hinreichend dokumentiert (vgl. zum Beispiel Elsässer/Schäfer 2023; Ehs/Zandonella 2021). Der neoliberale Kapitalismus, so eine über die Thematisierung sozialer und politischer Ungleichheitseffekte noch weit hinausgehende Kritik, greife ganz grundsätzlich „die Prinzipien, Praktiken, Kulturen, Subjekte und Institutionen der Demokratie im Sinne der Herrschaft durch das Volk an“ (Brown 2019: 7; vgl. auch Chamayou 2019: 307 ff.).

* Martin Oppelt, Universität Augsburg
📞 0000-0003-2217-9032, Kontakt: martin.oppelt@uni-a.de
Paul Sörensen, Augsburg
📞 0000-0003-4605-6555, Kontakt: kontakt@paul-soerensen.de

Angesichts extremer Monopolbildungen, insbesondere im Digitalsektor (vgl. Staab 2019), einer fortschreitenden Zunahme sozialer Ungleichheit, global aber auch innerhalb der Nationalstaaten des globalen Nordens (vgl. Milanović 2020; Savage 2023), der sich rasant zuspitzenden ökologischen Krise (vgl. Moore 2017) und nicht zuletzt der immer wieder konstatierten Krise der Demokratie selbst (vgl. Schäfer/Zürn 2021) wurden zunehmend Stimmen laut, die einen mehr oder weniger grundsätzlichen Umbau der Wirtschaftsordnung fordern. Die Suche nach demokratische(re)n oder zumindest demokratieförderlichen Alternativen ist seither wieder voll im Gange. Eng verbunden mit Fragen des Eigentums kursieren dazu in der akademischen Debatte zahlreiche Schlagworte, wie etwa *Fundamentalökonomie* (Foundational Economy Collective 2019), *Alltäglicher Kommunismus* (Streeck 2019), *Neosozialismus* (Dörre 2019) oder *Partizipativer Sozialismus* (Piketty 2020), *Sozialismus des 21. Jahrhunderts* (Fraser 2023), *Demokratische Planwirtschaft* (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2024; PROKLA 2024) oder *Degrowth-Kommunismus* (Saito 2023). Auch – und vielleicht sogar zuvorderst – in der Zivilgesellschaft erstarben Rufe, die allesamt in der einen oder anderen Art und Weise auf eine mehr oder weniger weitreichende Demokratisierung des Wirtschaftslebens zielen. Rufe nach Vergesellschaftung oder Enteignung und einer gemeinwohlorientierten, solidarischen Ökonomie sind lautstark zu vernehmen und entsprechende, nachweislich durchaus ernstzunehmende Initiativen zu beobachten. Wurde die Eigentumsfrage in der Bundesrepublik mit besonderer Vehemenz von der Initiative *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* (DWE) wieder auf die Tagesordnung gesetzt (vgl. dazu DWE 2022), so griffen infolge des spektakulären Berliner Volksentscheids von 2021 auch Gruppierungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen und Wirtschaftssektoren die Idee der Vergesellschaftung auf (vgl. zum Beispiel *communia e.V.* 2023; *RWE & Co enteignen* 2023), was nicht zuletzt zu zwei großen zivilgesellschaftlichen ‚Vergesellschaftungskonferenzen‘ führte.¹

1. Demokratisierung der Wirtschaft in der Politische Theorie und Ideengeschichte

Wenngleich damit zweifelsohne Bewegung in ein lange Zeit und nicht zuletzt unter dem Eindruck eines vermeintlichen ‚Endes der Geschichte‘ stillgestelltes Feld des Politischen gekommen ist, so ist augenfällig, dass die politikwissenschaftliche Disziplin der Politischen Theorie und Ideengeschichte in diesen Fragen noch weitestgehend sprachlos bleibt und Vorstöße vornehmlich aus benachbarten Fächern wie der Soziologie, der Philosophie und der Rechtswissenschaft stammen. Mit Fug und Recht lässt sich der Politischen Theorie somit auch in dieser konzeptionell-präfigurativen Hinsicht eine ‚wirtschaftsanalytische Zahnlosigkeit‘ (Huhnholz 2020: 81) attestieren. Obschon der deutschsprachigen Politikwissenschaft etwa mit den Beiträgen zur *Sozialisierungsdebatte* im Kontext der Rätebewegung am Ende des Ersten Weltkriegs (vgl. dazu zum Beispiel Buckmiller 2022;

1 Vgl. dazu <https://vergesellschaftungskonferenz.de>, 07.11.2024.

Novy 1978; Kets/Muldoon 2019), mit der von Fritz Naphtali und anderen (1928) entwickelten Programmatik einer *Wirtschaftsdemokratie*, mit Hermann Hellers (1930) Überlegungen zur *sozialen Demokratie* oder auch mit Wolfgang Abendroths (1954) Denken des *demokratischen sozialen Rechtsstaats* durchaus diverse Anknüpfungspunkte zur Verfügung stünden, markiert die Thematik einer demokratischen beziehungsweise zu demokratisierenden Ökonomie im Bereich der Politischen Theorie im Allgemeinen und der Demokratietheorie im Besonderen, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, doch eine Leerstelle (so unter anderem Honneth 2023). Auch englischsprachige Debattenbeiträge, etwa die einschlägigen Publikationen Robert Dahls (1985) und Carol Patemans (1970), spielten und spielen kaum eine Rolle. Ebenso stoßen die Rawls'schen Tastebewegungen in Richtung einer *property-owning democracy* (Rawls 2003) vornehmlich in Debatten der praktischen Philosophie auf Resonanz (vgl. zum Beispiel Cheneval/Laszlo 2013). Kurzum: Nicht nur die Demokratie, sondern auch die Demokratietheorie macht nach wie vor und in aller Regel am Fabrikator Halt, worauf unlängst mit Blick auf den anglophonen Diskurs auch Elizabeth Anderson (2020) hingewiesen hat, die Unternehmen mit neo-republikanischem Vokabular eindrücklich als *private Regierungen* und demokratietheoretisches Problem beschreibt, in ihren Lösungsansätzen allerdings auf die betriebliche Ebene beschränkt bleibt (vgl. ebenso bereits Negt/Kluge 1972).

Die Utopieabstinenz der Politikwissenschaft wäre neben altbekannten Gründen, die nicht selten eine bemerkenswerte Übereinstimmung orthodox-marxistisch und liberal geprägter Argumentationen zur Schau stellen, vielleicht am besten mit einer im Fach verbreiteten und durchaus zu begrüßenden realistische(re)n Wahrnehmung der Widerstände und Voraussetzungen einer tiefgreifenden, demokratisierenden Transformation zu plausibilisieren, die mitunter freilich auch aufmerksamkeitsheischend in allzu schrille feuilletonistische Abgesänge auf die Demokratie(theorie) mündet. Dabei muss eine utopieoffene politikwissenschaftliche Politische Theorie keinesfalls per se eines machtanalytischen Realismus entbehren. Zudem ließe sich übersimplifizierenden Vorwürfen des Utopismus auch entgegenhalten, dass – nochmals mit Erik Olin Wright (2017: 67) gesprochen – gerade die „Entwicklung systematischer, überzeugender Alternativen zu bestehenden gesellschaftlichen Strukturen sowie Institutionen der Macht und der Privilegien [...] einen Bestandteil des gesellschaftlichen Prozesses dar[stellt], durch den die gesellschaftliche Begrenzung erreichbarer Alternativen verändert werden kann“.

Dahingehende Ansätze könnten, über die bei Anderson anzutreffenden Überlegungen zu einer *workplace democracy* hinausgehend, etwa unter der Begrifflichkeit der Wirtschaftsdemokratie rubriziert werden, welche Tom Malleson (2013) schon vor einigen Jahren als *Big Idea* einer antikapitalistischen Linken des 21. Jahrhunderts zur Debatte stellte. Allein schon in begrifflicher Hinsicht unternimmt das Konzept einen Brückenschlag, der Ökonomie als *politische* Ökonomie zu denken erlaubt und politische Ökonomie als *demokratische* Ökonomie auszubuchstabieren beansprucht. Im deutschsprachigen Diskursraum zwar häufig eng an Naphtali gekoppelt, birgt es jenseits dessen Potenziale für Neuentwicklungen, sowohl die Gegenstände und Träger als auch die Reichweite und skalaren Bezugsgrößen betreffend. Wenngleich auch hierzulande zuletzt einige

zaghafte Vorstöße zu beobachten waren (vgl. zum Beispiel Demirović 2018; Herzog 2019), sind vor allem in Großbritannien unlängst interessante Neubelebungs- und Neukonzeptualisierungsversuche zu verzeichnen. Mit dem von Beatrice und Sidney Webb (1897) geprägten Konzept der *Industrial Democracy* und insbesondere auch dem maßgeblich von George D. H. Cole (1920) theoretisierten *Guild Socialism* stehen hier ganz eigene ideengeschichtliche Bezugspunkte für alternative, demokratischere Ökonomien zur Verfügung. Diese Bemühungen zeugen von der Vitalität und den unausgeschöpften Potenzialen des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie und beeinflussten nicht zuletzt auch die wirtschaftspolitische Ausrichtung der britischen *Labour Party* unter Jeremy Corbyn (vgl. zum Beispiel Cumbers et al. 2020; Labour Party UK 2017; McDonnell 2018). Während aber beispielsweise durch Karl Korsch zu Zeiten der Weimarer Republik ein Import fabianischer und gildensozialistischer Ideen nach Deutschland erfolgte, sind die gegenwärtigen wirtschaftsdemokratischen Ideen aus Großbritannien hierzulande bisher kaum auf Interesse gestoßen.

All diese Beobachtungen stellen den Anlass dieses Themenhefts dar, in dessen Rahmen der Frage nach einer demokratische(re)n Ökonomie aus einer dezidiert politiktheoretischen und ideengeschichtlich informierten Perspektive nachgegangen wird. Die versammelten Beiträge bilden entsprechend Suchbewegungen nach Formen, Institutionen, Stichwortgeber*innen und Wegen zu einer demokratischen Ökonomie ab. Neben der Behandlung von Fragen nach deren institutionellen Ausgestaltungsmöglichkeiten, Zukunftsperspektiven und Entwicklungspotenzialen, steht dabei stets auch das Ausloten von Rückgriffmöglichkeiten auf ideengeschichtliche Ressourcen im politischen Denken im Zentrum des Interesses, die wiederum auf ihr Inspirationspotenzial für zeitgenössische Adaptionen befragt werden. Entgegen einer „willfährige[n] Selbstzentrierung auf liberal-ökonomisch gegründete und rationalistisch gedeutete Produktions-, Verteilungs- und Umverteilungsfrage[n]“ (Huhnholz 2020: 81), sollen mit der vorliegenden Schwerpunkt Ausgabe der *Zeitschrift für Politische Theorie* dabei Ansätze einer dezidierten Alternative zum individualistischen und privateigentumsbasierten Liberalismus ausgelotet werden – ohne damit den Anspruch auf Vermittlung *liberaler* Grundprinzipien per se aufzugeben. Sind im englischsprachigen Raum in den letzten Jahren etwa im *republikanisch* geprägten Diskurs politischen Denkens bereits erste Vorstöße einer ideengeschichtlich informierten Integration auch wirtschaftlicher Sachverhalte zu verzeichnen (vgl. zum Beispiel Gourevitch 2014, 2013; Breen 2015; Thompson 2018; González-Ricoy 2014), die mitunter auch Verbindungslinien zum sozialistischen Denken betonen (vgl. zum Beispiel Muldoon 2022),² so lassen sich in Form einer erneuerten Planungsdebatte zuletzt auch dezidiert *sozialistische* Zugänge identifizieren, die für demokratiethoretische Erweiterungen

2 Derartige diskursive Querverbindungen lassen sich wohlgermerkt auch im deutschsprachigen Raum finden, beispielsweise bei Karl Korsch (1980: 164), der dem *Lohnsklaven* den *Arbeitsbürger* gegenüberstellt, oder bei Carl Legien (1900), der 1900 als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die *Demokratisierung der Produktion* als das „Durchbrechen des Absolutismus im Fabrikbetriebe“ definierte. Nicht zuletzt gilt dieser Befund auch für den oben bereits erwähnten Hermann Heller (vgl. dazu Llanque 2019). Entsprechende republikanische Motive finden sich im englischsprachigen Raum unter anderem bei Cole (1918).

empfänglich sind (vgl. zum Beispiel Morozov 2019; Jones 2020; Daum/Nuss 2020). Und – aller Institutionenskepsis zum Trotz – auch poststrukturalistisch geprägte *radikal-demokratiethoretische* Überlegungen wenden sich, wenn auch unter Inkorporation anderer Theoriebestände, jüngst Fragen einer demokratischen Ökonomie zu (vgl. z.B. Muldoon 2021), um so künftig dem Vorwurf der *social weightlessness* (McNay 2014) etwas entgegenzusetzen zu können. Die genannten Theoriestränge stellen neben einigen anderen Einflüssen auch die wesentlichen Inspirationsquellen der Autor*innen des Schwerpunkts dar, die sich entsprechend gerüstet in die Auseinandersetzung mit Fragen nach Form, Inhalt und Herausforderungen einer wahrhaft demokratischen Ökonomie begeben.

2. Zu den Beiträgen des Themenhefts

Zur Eröffnung räumen Dirk Jörke und David Salomon mit dem ihrer Ansicht nach irreführenden Narrativ auf, wonach John Stuart Mill als Vordenker einer Demokratisierung der Wirtschaft gelesen werden könne und sortieren ihn damit gewissermaßen aus dem ideengeschichtlichen Bestand aus, auf den Debatten um Wirtschaftsdemokratie zugreifen sollten. Denn weder Mills Begründung genossenschaftlich organisierter Betriebe noch seine politische Theorie insgesamt könnten normativ überzeugend als wirtschaftsdemokratisch oder gar sozialistisch bezeichnet werden, bliebe sein Denken doch stets einem dem Politischen vorgelagerten wettbewerblich-meritokratischen Ordnungsschema verpflichtet. Aufgrund massiver Vorbehalte gegenüber den Massen und deren politischer Teilhabe habe Mill vielmehr disziplinierende Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsmoral anvisiert und die soziale Frage durch die Umerziehung möglichst vieler Arbeiter*innen zu Kleinkapitalist*innen angehen wollen. Mit Mill lasse sich eine (gar radikale) Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung also nicht denken.

In umgekehrter, weil inkludierender Absicht, schlägt Falko Blumenthal anschließend vor, den langjährigen (1952–1972) Vorsitzenden der IG Metall Otto Brenner nicht allein als Interessensvertreter oder Macht-, sondern vor allem als ‚Ideenpolitiker‘ und damit geeigneten Stichwortgeber für eine Demokratisierung der Wirtschaft zu lesen. Brenners Programm der ‚Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer durch Demokratisierung der Wirtschaft‘ würde nämlich über das klassische Selbstverständnis eines Gewerkschaftsfunktionärs hinaus den Anspruch erheben, die Idee der Wirtschaftsdemokratie mit jener der Demokratisierung der Gesellschaft zu verbinden. Der politische Begriff der ‚Selbstbestimmung‘ der Person trete mit Brenner dem juristischen Begriff der ‚Mitbestimmung‘ der Arbeiter*in mindestens an die Seite, womit er eine „Ideenpolitik der sozialdemokratischen Moderne“ (S. 203) betrieben habe. Dafür habe er sich zwar auch des liberalen Denkens Max Webers und Hermann Hellers bedient, vor allem aber einen historischen Realismus in der Tradition Thukydides’, Niccolò Machiavellis, Rosa Luxemburgs und Karl Marx’ in sozialdemokratischer Gestalt wiederbelebt. So habe Brenner zudem das Ziel der aufklärerischen Volksbildung („Selbstverwirklichung“) an die Überwindung des

Privateigentums an Produktionsmitteln und den republikanischen Kampf um die Politie geknüpft.

Hannes Kuch setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit der liberalen Tradition der Befürwortung einer nicht-demokratischen Wirtschaftssphäre als (Teil-)Bedingung einer demokratischen und gerechten Gesellschaft auseinander, wie etwa John Rawls und Jürgen Habermas sie vertreten haben. Mit der Unterscheidung direkter und indirekter Argumente für eine Demokratisierung der Wirtschaft zeigt er, dass erstere normative Gründe unmittelbar in der Wirtschaftssphäre verankerten, letztere hingegen auf die mittelbaren Folgen einer nicht-demokratischen Wirtschaft für andere gesellschaftliche Sphären fokussierten. Derlei *spillover*-Effekte fasst Kuch nun als negative „sittliche Externalitäten“ undemokratischer Wirtschaftspraktiken (S. 227), die der Verwirklichung einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Gerechtigkeit fundamental entgegenarbeiteten. Dem hält er eine „materialistische Tugendethik“ (S. 242) entgegen, die, der Tradition des Sozialismus verpflichtet, in den materiellen Grundbedingungen des Wirtschaftens den maßgeblichen Einfluss auf die Formierung sittlicher Dispositionen sieht. Zugleich knüpft diese Tugendethik aber auch an die republikanische Tradition der Bedeutung von Tugenden an, insofern sie im „*Ethos der demokratischen Gerechtigkeit*“ (S. 239 f., Hervorhebung im Original) eine Grundbedingung einer jeden gerechten demokratischen Gesellschaft sieht, so dass es für Kuch letztlich keine politische Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie geben kann.

Für Katharina Liesenberg muss jede Demokratietheorie, die eine Demokratisierung der Wirtschaft anvisiert, zuvorderst die Integration der Bereiche Bildung und Arbeit leisten. Hierfür biete sich John Deweys Werk an, und zwar vor allem aufgrund dessen Erfahrungsbegriffs. Dieser könne als Brücke zwischen subjektiver Empfindung und gesellschaftlichen Verhältnissen fungieren und zugleich Unsicherheit und Ohnmacht als ein politisches Problem adressieren, das individueller und zugleich kollektiver Bearbeitung bedürfe. Der Weg zu einer demokratischen Ökonomie führe mit Dewey dabei notwendig über eine Ausrichtung auf die sozialistische Idee materieller Gleichheit als Bedingung der Möglichkeit gleicher politischer Teilhabe und persönlichen Wachstums. Hierfür ließen sich entsprechend mit Dewey radikale demokratisch-sozialistische Maßnahmen begründen, so man dessen Werk ganzheitlich und auf den Fluchtpunkt der Erfahrung hin konzipiert in den Blick nehme. Deweys demokratischer Sozialismus sei damit als eine notwendige Voraussetzung für gelingende Demokratie zu begreifen.

Ebenfalls in der Ideengeschichte des Sozialismus unterwegs ist Heiner Koch, der in seinem Beitrag die uneindeutige Verwendung des Begriffs der ‚Vergesellschaftung‘ in gegenwärtigen politischen, juristischen und wissenschaftlichen Diskursen konstatiert. Eine Aktualisierung der ‚Vergesellschaftungsfrage‘ bedürfe daher zunächst einer grundlegenden begrifflichen Klärung oder – in Kochs Worten – einer politischen Begriffsarbeit. Diese müsse eben an jene ideengeschichtliche Debatten anschließen, die seit dem Ende des Ersten Weltkrieges im deutschsprachigen Raum geführt werden, zugleich aber auch für aktuelle politische Auseinandersetzungen fruchtbar sein. Dafür verbindet Koch methodische Überlegungen der analytischen Philosophie zur ‚Explikation‘ mit der

postmarxistisch inspirierten Theorie des „leeren Signifikanten“, um „Vergesellschaftung“ als „Entprivatisierung“ zu fassen (S. 271). Somit könnten die unterschiedlichen Aspekte von Vergesellschaftung sowohl über die Diskursgrenzen hinweg sowie innerhalb der Diskurse besser verstanden, systematisiert und konkretisiert werden als auch über einen eng verstandenen ökonomischen Bereich hinaus die Anschlussfähigkeit für feministische, ökologische und antirassistische politische Debatten ermöglichen.

In thematischer Nähe zur Tradition des Post-Marxismus widmet sich Samia Mohammed in ihrem Artikel der zuletzt häufiger konstatierten ökonomischen Leerstelle im Diskurs der Radikaldemokratie. Um gehaltvoll über demokratische(re) Gesellschaften nachdenken zu können, müsse sich die radikale Demokratietheorie für Mohammed gegenüber Debatten um konkrete Institutionen und utopische Zukunftsbilder öffnen und das Ziel der Demokratisierung der Wirtschaft mit in ihre Überlegungen und Strategien einbeziehen. Mohammed schlägt dafür ein radikaldemokratisches Engagement in der aktuellen Wiederauflage der *Sozialistischen Planwirtschaftsdebatte* vor, der die Radikaldemokratie einen Politisierungsschub verleihen und die dieser im Gegenzug die Reflexion ökonomischer Bedingungen einer radikalen Demokratie ermöglichen könnte. Zugleich würde so die in beiden Debatten feststellbare ökologische Leerstelle über ein relationales Verständnis gesellschaftlicher Naturverhältnisse bearbeitbar werden. Vor allem die Idee und Praxis von Arbeiter*innenräten als Teil einer konflikthafter, offenen und selbstreflexiven Variante gesamtgesellschaftlicher Planung könnten hier einen effizienten Beitrag zu einer demokratischeren Ökonomie leisten.

Der ökonomischen Leerstelle radikaler Demokratietheorien widmet sich auch Sara Gebh in ihrem das Themenheft abschließenden Beitrag. Unter ideengeschichtlich informiertem Rückgriff auf die Tradition des „Plebejanismus“, also der Einsicht in die unausweichliche Differenz zwischen den „Wenigen“ und den zu ermächtigenden „Vielen“, erarbeitet Gebh (S. 321) dabei erste Umrisse einer politischen Ökonomie der Radikaldemokratie. Hierfür lotet sie in Abgrenzung von *liberalen* und *republikanischen* Ansätzen des Plebejanismus aus, inwiefern die Tradition des *sozialistischen* Republikanismus als Ressource für eine *plebejische* Demokratie beziehungsweise einen *radikaldemokratischen Plebejanismus* dienen kann. Dieser würde oligarchische Herrschaftsstrukturen abschaffen und das Ziel der Selbstregierung der Vielen ermöglichen, wofür die Kategorie der Vielen eine materielle Dimension erhalten und als erstes Ziel einer umfassenden Demokratisierung der Übertrag von ökonomischer zu politischer Macht verhindert werden müsse.

„Der Fluch der Politik“, schrieb Maurice Merleau-Ponty (1966: 29), „ist, dass sie Werte in Tatsachen übersetzen muss“. In diesem Sinne sind wir uns der enormen Schwierigkeiten und Hindernisse einer wirklichen Demokratisierung der Wirtschaft bewusst, die letztlich immer eine Frage politischer Kräfteverhältnisse und mitunter kontingenter Initialfunken bleiben wird. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass der Politischen Theorie und Ideengeschichte die nicht zu unterschätzende Aufgabe der Orientierung zukommt, wo – einmal mehr mit Merleau-Ponty (2008: 243) – Politik auch das „Ziehen einer Linie im Dämmerlicht der historischen Symbolik“ bedeutet. Unser

herzlichster Dank gilt daher neben den Beitragenden all den Kolleg*innen und Mitstreiter*innen, die einen Vorschlag eingereicht haben, auch wenn wir leider nicht alle berücksichtigen konnten. Wir danken den anonymen Gutachter*innen, die durch die freiwillige Aufwendung knapper Ressourcen zum Gelingen dieses Schwerpunktes beigetragen haben. Wir wissen das wirklich sehr zu schätzen. Nicht zuletzt möchten wir uns bei den Herausgebern für die Aufnahme und bei Hannah Vermaßen für die hervorragende redaktionelle Betreuung bedanken.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang, 1975 [1954]: Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats. In: Ders., Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Frankfurt (Main), 64–69.
- Anderson, Elizabeth, 2020: Private Regierung, Berlin.
- Breen, Keith, 2015: Freedom, Republicanism, and Workplace Democracy. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 18 (4), 470–485. <https://doi.org/10.1080/13698230.2015.1033857>
- Brown, Wendy, 2019: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin.
- Buckmiller, Michael, 2022: Sozialismus kommt von Sozialisierung. Was wir von Karl Korsch & Co. über kollektive Selbstverwaltung lernen können. In: *LuXemburg H.* 1/2022, 74–81.
- Chamayou, Grégoire, 2019: Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Berlin.
- Cheneval, Francis / Laszlo, Christoph, 2013 (Hg.): Schwerpunkt: Property-Owning Democracy. In: *Analyse und Kritik. Zeitschrift für Sozialtheorie* 35 (1). <https://doi.org/10.1515/aug-2013-0119>
- Cole, George D. H., 1918: *Labour in the Commonwealth*, London.
- Cole, George D. H., 1920: *Guild Socialism Re-Stated*, London.
- Communia e.V., 2023 (Hg.): *Neue Energie für Vergesellschaftung für neue Energie*, Berlin; https://communia.de/wp-content/uploads/vergesellschaftung_Broschuere_Web.pdf, 09.03.2024.
- Cumbers, Andrew / McMaster, Robert / Cabaço, Susana / White, Michael J., 2020: Reconfiguring Economic Democracy. Generating New Forms of Collective Agency, Individual Economic Freedom and Public Participation. In: *Work, Employment, Society* 34 (4), 678–695. <https://doi.org/10.1177/0950017019875935>
- Dahl, Robert, 1985: *A Preface to Economic Democracy*, Berkeley, CA. <https://doi.org/10.1525/9780520341166>
- Daum, Timo / Nuss, Sabine, 2020 (Hg.): *Die unsichtbare Hand des Plans*, Berlin.
- Demirović, Alex, 2018 (Hg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*, Münster.
- Dörre, Klaus, 2019: Neosozialismus. Acht Thesen zu einer überfälligen Debatte. In: Ders. / Christine Schickert (Hg.), *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*, München, 17–32. <https://doi.org/10.14512/9783962385804>
- Deutsche Wohnen & Co. Enteignen, 2022 (Hg.): *Wie Vergesellschaftung gelingt. Zum Stand der Debatte*, Berlin.
- Ehs, Tamara / Zandonella, Martina, 2021: Different Class Citizens: Understanding the Relationship between Socio-economic Inequality and Voting Abstention. In: *Politics in Central Europe* 17 (3), 525–540. <https://doi.org/10.2478/pce-2021-0022>
- Elsässer, Lea / Schäfer, Armin, 2023: Political Inequality in Rich Democracies. In: *Annual Review of Political Science* 26, 469–487. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-052521-094617>

- Foundational Economy Collective, 2019: *Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik*, Berlin.
- Fraser, Nancy, 2023: *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine Grundlagen verschlingt*, Berlin.
- Gonzalez-Ricoy, Iñigo, 2014: The Republican Case for Workplace Democracy. In: *Social Theory and Practice* 40 (2), 232–254. <https://doi.org/10.5840/soctheorpract201440215>
- Gourevitch, Alex, 2013: Labour Republicanism and the Transformation of Work. In: *Political Theory* 41 (4), 591–617. <https://doi.org/10.1177/0090591713485370>
- Gourevitch, Alex, 2014: *From Slavery to the Cooperative Commonwealth. Labor and Republican Liberty in the Nineteenth Century*, Cambridge, NY. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139519434>
- Heller, Hermann, 1930: *Rechtsstaat oder Diktatur?*, Tübingen.
- Herzog, Lisa, 2019: Politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie. In: Thomas Hartmann / Jochen Dahm / Frank Becker (Hg.): *Die Zukunft der Demokratie. Er kämpft, verteidigt – gefährdet?*, Bonn, 259–270.
- Honneth, Axel, 2023: *Der arbeitende Souverän*, Berlin.
- Huhnholz, Sebastian, 2020: Die Zukunft der Politischen Theorie in der Deutungskonkurrenz mit der Ökonomie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 11 (1), 79–100. <https://doi.org/10.3224/zpth.v11i1.09>
- Jones, Campbell, 2020 (Hg.): *The Return of Economic Planning (Special Issue)*. In: *South Atlantic Quarterly* 119 (1). <https://doi.org/10.1215/00382876-8007701>
- Kets, Gaard / Muldoon, James, 2019 (Hg.): *The German Revolution and Political Theory*, Cham. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-13917-9>
- Korsch, Karl, 1980 (1919): *Sozialisierung vor und nach der Revolution*. In: Ders., *Gesamtausgabe. Band 2*, hrsg. von Michael Buckmiller, Frankfurt (Main).
- Labour Party, 2017: *Alternative Models of Ownership. Report to the Shadow Chancellor and the Shadow Secretary of State for Business, Energy and Industrial Strategy*; <https://labour.org.uk/wp-content/uploads/2017/10/Alternative-Models-of-Ownership.pdf>, 02.03.2022.
- Legien, Carl, 1900: Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In: *Sozialistische Monatshefte* 3/1900, 109–116.
- Llanque, Marcus, 2019: Hermann Heller and the Republicanism of the Left in the Weimar Republic. In: *Jus Politicum. Revue de droit politique* 23, 13–30.
- Malleson, Tom, 2013: Economic Democracy: The Left's Big Idea for the Twenty-First Century? In: *New Political Science* 35 (1), 84–108. <https://doi.org/10.1080/07393148.2012.754670>
- McDonnell, John, 2018 (Hg.): *Economics for the Many*, London.
- McNay, Lois, 2014: *The Misguided Search for the Political: Social Weightlessness in Radical Democratic Theory*, Cambridge, UK.
- Merleau-Ponty, Maurice, 1966: *Humanismus und Terror. Band 1*, Frankfurt (Main).
- Merleau-Ponty, Maurice, 2008: *Die Abenteuer der Dialektik*, Frankfurt (Main).
- Milanović, Branko, 2020: *Die ungleiche Welt*, Berlin.
- Moore, Jason, 2017: The Capitalocene, Part I. On the Nature and Origins of Our Ecological Crisis. In: *The Journal of Peasant Studies* 44 (3), 594–630. <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1235036>
- Morozov, Evgeny, 2019: Digital Socialism? The Calculation Debate in the Age of Big Data. In: *New Left Review* 116/117, 33–67.
- Muldoon, James, 2021: Institutionalizing Radical Democracy: Socialist Republicanism and Democratizing the Economy. In: *New Political Science* 43 (2), 189–207. <https://doi.org/10.1080/07393148.2021.1886797>
- Muldoon, James, 2022: A Socialist Republican Theory of Freedom and Government. In: *European Journal of Political Theory* 21 (1), 47–67. <https://doi.org/10.1177/1474885119847606>
- Naphtali, Fritz, 1928: *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin.
- Negt, Oskar / Kluge, Alexander, 1972: *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt (Main).

- Novy, Klaus, 1978: Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Frankfurt (Main) / New York.
- Pateman, Carol, 1970: Participation and Democratic Theory, New York / London. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511720444>
- Piketty, Thomas, 2020: Kapital und Ideologie, München. <https://doi.org/10.17104/9783406745737>
- Quante, Michael, 2018: Geleitwort. In: Gustav Bergmann / Jürgen Daub / Feriha Özdemir (Hg.), Wirtschaft demokratisch. Teilhabe, Mitwirkung, Verantwortung, Göttingen, 7–10. <https://doi.org/10.14220/9783737009270.7>
- Rawls, John, 2003: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Frankfurt (Main).
- Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2024 (Hg.): Zukunft mit Plan. In: LuXemburg 1/2024.
- RWE & Co enteignen, 2023 (Hg.): Nehmen was uns zusteht. Klimagerechtigkeit heißt Vergesellschaftung; https://communia.de/wp-content/uploads/Nehmen-was-uns-zusteht-Klimagerechtigkeit-heisst-Vergesellschaftung_mitLinks-1.pdf, 09.03.2024.
- Saito, Kohei, 2023: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, München.
- Savage, Mike, 2023: Die Rückkehr der Ungleichheit. Sozialer Wandel und die Lasten der Vergangenheit, Hamburg.
- Schäfer, Armin / Zürn, Michael, 2021: Die demokratische Regression, Berlin.
- Seifert, Eberhard / Sieron, Sandra / Sorg, Christoph / Sutterlütti, Simon, 2024 (Hg.): Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise. Schwerpunktheft. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 54 (2). <https://doi.org/10.32387/prokla.v54i215.2092>
- Staab, Philipp, 2019: Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin.
- Streeck, Wolfgang, 2019: Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 64 (6), 93–105.
- Thompson, Michael J., 2018: The Two Faces of Domination in Republican Political Theory. In: European Journal of Political Theory 17 (1), 44–64. <https://doi.org/10.1177/1474885115580352>
- Webb, Sidney / Webb, Beatrice, 1897: Industrial Democracy, London / New York / Bombay.
- Wright, Erik O., 2017: Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.
- Wright, Erik O., 2023: Warum Klasse zählt, Berlin.